

<p style="text-align: center;">Initiative Beschlüsse des 35. NRW-Tages der Jungen Union NRW am 15./16. November 2003 in Bad Oeynhausen</p>

Zur Stabilität unserer Währung

Gerade 10 Jahre ist es her, dass der Vertrag von Maastricht und damit auch der Kern seiner Bestimmungen, die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, vereinbart wurden. Die Stabilität der D-Mark war und ist aus Sicht der deutschen Bürger der Maßstab, an dem sich der Euro auch im fünften Jahr seiner Existenz messen lassen muss.

Die Absicherung der Geldwertstabilität liegt in den strengeren Bestimmungen der Währungsunion. Das Herzstück ist der sog. Stabilitätspakt und die darin verankerte Obergrenze jährlicher Neuverschuldung von 3 % des Bruttoinlandsproduktes. Sie begründet das Vertrauen der deutschen Bürger in die neue Währung und in ihre Stabilität. Es war Deutschland, das auf diesen Stabilitätspakt bestand.

Es ist daher ein Skandal, dass gerade die rot-grüne Bundesregierung zusammen mit Frankreich den Stabilitätspakt aushöhlt. Damit wird das große und bisher erfolgreiche Zukunftsprojekt für das vereinte Europa unterlaufen. Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien müssen deshalb gegen die Tendenzen einer „kreativen Haushaltspolitik“ ohne Abstriche eingehalten werden. Deutschland und Frankreich dürfen heute nicht den Maßstab für zukünftige Haushaltssünder setzen.

Die Junge Union NRW unterstützt daher die EU-Kommission und die Regierungen vieler keiner EU-Mitgliedstaaten, die für eine strenge und konsequente Verhängung der im Stabilitätspakt festgelegten Sanktionen gegen Defizitverstöße kämpfen.

Die Nichteinhaltung des Stabilitätspaktes führt zu einer Erosion des Vertrauens in den Euro. Die Konsolidierung der Staatshaushalte liegt wegen der Preisstabilität im ureigenen Interesse jedes Einzelnen. Eine ungebremste Staatsverschuldung jenseits der Maastricht-Kriterien wird weder Wachstum noch Beschäftigung in Europa schaffen. Die durch die höhere Staatsverschuldung bedingte Inflation schmälert die Vermögens- und Eigentumswerte der Bürger und führt zu einem Wohlstandsverlust.

Eine Abkehr von einer Haushaltskonsolidierungs- und Stabilitätspolitik müssten alle Bürger und insbesondere die künftigen Generationen bezahlen. Ein sich erweiterndes Europa bedarf aber eines gesunden und starken Kerns, der durch eine stabile Währung gewährleistet wird.

Embryonenschutz

Die Junge Union NRW verurteilt den von Bundesjustizministerin Zypries kürzlich verkündeten bioethischen Kurswechsel der Bundesregierung. Es kann nicht hingenommen werden, dass in Deutschland erstmals seit 1949 eine Regierung die Geltung der Menschenwürde einschränken will.

Wir lehnen den damit bezweckten Einstieg in die verbrauchende Embryonenforschung auch in Deutschland ab und fordern die Bundesregierung auf, sich auch künftig an das für alle Verfassungsorgane bindende Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 zu halten, in

dem es heißt: „Wo menschliches Leben existiert, kommt ihm Menschenwürde zu. Es ist nicht entscheidend, es ist nicht entscheidend, ob der Träger sich dieser Würde bewusst ist und sie selbst zu wahren weiß. Die von Anfang an im menschlichen Sein angelegten potentiellen Fähigkeiten genügen, um die Menschenwürde zu begründen.“ (BVerfGE, 39, 1ff (41)).

Nein zur Ausbildungsplatzabgabe = Ja zur dualen Ausbildungsplatzabgabe

Die JU NRW spricht sich gegen die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe aus.

Die fehlenden Ausbildungsplätze sind in den meisten Fällen nicht auf den Ausbildungswillen der Betriebe zurückzuführen, sondern sind konjunkturell und strukturell begründet. Bei drei Jahren Stagnation in Folge und fast 40.000 Firmenpleiten im letzten Jahr kämpfen viele Betriebe um das Überleben. Eine zusätzliche Abgabe würde gerade mittelständische Unternehmen zusätzlich belasten. Auf der anderen Seite könnte eine Abgabe andere, die heute über Bedarf ausbilden, dazu verleiten sich von der gesellschaftlichen Aufgabe der Ausbildung freizukaufen. In der Folge würde unser, auch im Ausland anerkanntes, duales Ausbildungssystem immensen Schaden nehmen und eine im letzten Schritt verstaatlichte Ausbildung zur Folge haben. Umlagefinanzierte Ausbildungszentren fernab vom Berufsalltag können jedoch Schlüsselqualifikationen, die eine betriebliche Ausbildung bietet, nicht ersetzen.

Der Versuch der Baubranche den Verlust von Lehrstellen durch eine Ausbildungsplatzumlage zu stoppen, hatte den weiteren Abbau von Ausbildungsplätzen zur Folge und zeigt, dass mit diesem Vorhaben die gegensätzlichen Ziele erreicht werden. Widerstand erntet das Konzept zudem nicht nur von Arbeitgeberverbänden, sondern auch von dem wirtschaftlichen Sachverständigenrat, der sich in seinem Herbstgutachten ebenfalls klar gegen die geplante Abgabe ausspricht.

Zudem wirft die Ausgestaltung des Konzeptes zu viele Fehler auf. Die prozentuelle Staffelung der Ausbildungsquoten belastet insbesondere kleine Betriebe mit unter 50 Beschäftigten. So müsste ein Unternehmen mit 49 Beschäftigten, um die Vorgaben zu erfüllen, vier Auszubildende haben, wogegen bei der doppelten Zahl (98 Beschäftigte) nur ein Auszubildender mehr, also fünf, einzustellen wäre. Die Berechnung, der Einzug und die Verteilung erforderte einen großen bürokratischen Apparat, in dem Mittel versickern würden und ein weiterer Rückschritt zum Abbau der Bürokratie gemacht würde.

Um die Lehrstellenlücken zu schließen und für den Fortbestand der dualen Berufsausbildung zu sorgen, sind daher grundlegendere Maßnahmen erforderlich. Zentraler Punkt dabei ist die Lösung der strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes, um wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen. Einen ebenso wichtigen Faktor stellt in diesem Zusammenhang der Bereich Schule dar. Die Jugendlichen müssen besser auf die Erfordernisse der Berufsausbildung vorbereitet werden. Die Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen sollten lediglich für das Erlernen der Kenntnisse und Fertigkeiten des jeweiligen Berufsbildes verantwortlich sein und nicht den Bildungsauftrag der Schulen nachholen müssen.

Konrad Adenauer als „Deutschlands Besten“ wählen

Mit großem Entsetzen nimmt der JU-NRW-Tag die neokommunistischen Umtriebe in der ZDF-Fernsehsendung „Unsere Besten“ zur Kenntnis. Angesichts tausender Verbrechen im Namen des Kommunismus kann Karl Marx nicht Deutschlands Bester sein.

Der JU-NRW-Tag fordert deshalb alle Mitglieder der Jungen Union auf, aktiv beim Voting den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Konrad Adenauer zu unterstützen. Denn unser Bester kann nur Konrad Adenauer heißen!!!